

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

## AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12  
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

### 1 *Sehr geehrte Damen und Herren,*

bis vor wenigen Monaten war die von „Schweden-Gretl“ bewegte „Klimajugend“ das Maß aller Dinge. Nach dem Vorbild der jungen Schwedin Greta Thunberg agierende und formulierende junge Menschen bevölkerten die Fernseh-Quasselrunden (auch Talkshows genannt) und zumindest einer von ihnen wurde sogar ein Sitz im Aufsichtsrat eines weltweit agierenden Technologiekonzerns angeboten. Sie lehnte aber ab. Auf dem Höhepunkt dieser Welle lobten sogar sonst eher wirtschaftsliberale Stimmen die von diesen Jugendlichen nachgebetenen antikapitalistischen Parolen als echtes politisches Engagement.

Es „engagierten“ sich, das weiß man heute, vornehmlich Schüler und Studenten aus den großen Städten und deren Speckgürteln. Weil sie mit recht zuverlässig funktionierenden öffentlichen Verkehrsmitteln aufwachsen, fällt ihnen heute manche Kritik leicht. Die junge Friseurin auf dem Land hat dagegen ganz andere Sorgen – sie ist u.U. auf ein Auto und bezahlbare Benzinpreise allein schon für den Weg zur Arbeit angewiesen. Und der Umzug in eine verkehrstechnisch besser erschlossene Gegend dürfte mit einem Friseurinnengehalt in vielen Fällen unmöglich sein. Doch davon erfuhren wir aus den Medien so gut wie nichts. Denn mitdiskutieren durften fast ausschließlich die (weiblichen und männlichen) „Gretas dieser Welt“ . . .

Die politische und mediale Wahrnehmung war und ist offenbar verzerrt. Eine Minderheit ist laut und die Mehrheit schweigt. Dies zeigt sich auch gut in der „Genderdebatte“. Daß es, rein biologisch betrachtet, nur zwei Geschlechter gibt, dürfte eine breite Bevölkerungsmehrheit für eine banale Feststellung halten. Doch wer dies öffentlich äußert, läuft Gefahr, dafür auf das Schärfste abgestraft zu werden, als „transphob“ deklariert zu werden. Ist es wirklich so schlimm, wenn man sagt, daß jedermann im Bett und anderswo fast treiben können soll, was er möchte – sofern er damit keinen anderen belästigt, nicht zum Mitmachen auffordert, das ganze selbst bezahlt und die Medien endlich aufhören, den Sonderfall zum anzustrebenden Normalfall hochzujubeln!

Etwa gleichzeitig wählte der Deutsche Bundestag eine gewisse Ferda Ataman zur „Beauftragten für Antidiskriminierung“. Das ist jene Frau, die die Deutschen einmal als „Kartoffeln“ bezeichnete und damit durchblicken ließ, wie sehr sie die (Noch-)Mehrheit unseres Landes verachtet. Doch diese Unmöglichkeit ist nur eine fast belanglose Feinheit, wenn man das Große Ganze, den Wandel von einer formierten zu einer fragmentierten Gesellschaft, betrachtet.

Die formierte Gesellschaft herrschte bis Ende der 1960er Jahre vor. Sie war weitgehend homogen, Minderheiten wurden ins Abseits gedrängt, wenn nicht gar kriminalisiert. Die Gesellschaft verstand sich damals sozusagen als „Einzeller“, bis eine „Zellteilung“ einsetzte, die in letzter Zeit noch einmal deutlich an Fahrt aufnahm. Gut ausmachen läßt sich dies am Beispiel der Homosexuellen, denen zunächst ein eigener Strafrechtsparagraf gewidmet war (§ 175 StGB) und denen heute eine Eheschließung möglich ist. Vielleicht war bzw. ist beides eine Form der Übertreibung, denn eine stark formierte Gesellschaft scheint genauso wenig erstrebenswert zu sein wie eine fragmentierte, in zahllose Kleingruppen zerfallene Gesellschaft.

Die deutschen Bürger reagieren auf diese Entwicklung sehr unterschiedlich. Viele haben andere – und gewiß größere – Probleme, als beispielsweise auf ein stets „gendergerechtes“ Leben zu achten. Und manche lehnen es auch aus fester Überzeugung ab, weil sie sozusagen an die „Kraft der zwei Geschlechter“ glauben. Es wird schließlich nur eine Minderheit sein, die eine Partnerschaft zwischen Mann und Frau als grundsätzlich nicht erstrebenswert ansieht und die die Erwartung eines deutschen Rentners, nach 40 Beitragsjahren mehr Rente zu bekommen als ein gerade eben Eingewanderter, für verwerflich hält. Daß man hier schnell Gefahr läuft, diese Minderheit für eine Mehrheit zu halten, liegt nicht zuletzt an der Penetranz und Lautstärke, mit der diese gewöhnlich aufwartet.

In den Augen mancher ausländischer Beobachter ist dies eine unfreiwillig komische Entwicklung. Je mehr man sich in den westlichen Staaten – allen voran Deutschland – bemüht, sämtliche Verästelungen des normalen und vielleicht auch anormalen menschlichen Lebens würdigend anzuerkennen, desto mehr schüttelt man in anderen Ländern mit eher formierten Gesellschaften jedenfalls den Kopf. Kurz und salopp formuliert darf man zusammenfassend feststellen, daß man uns und unser Land immer weniger ernst nimmt. Fast das Einzige, das man überall noch gerne nimmt, ist unser Geld.

In Berlin drängt die Gesellschaftspolitik der Ampelkoalition Tradition und Konvention gleichwohl noch immer weiter zurück. Eine Ehe wird kaum mehr als eine möglichst lebenslange „Verantwortungsgemeinschaft“ verstanden, und die beiden Geschlechter sollen sich am liebsten im Nebel der „geschlechtlichen Selbstzuschreibungen“ auflösen. Dabei wird zunehmend gerade jener Kitt brüchig, der unsere Gesellschaft bis jetzt zusammenhielt und ihre nach außen gerichtete Abwehrkraft stärkte. Es wäre verfehlt und fatal anzunehmen, daß die damit zwangsläufig einhergehende Schwächung unseres Landes nicht auch in beispielsweise Moskau und Peking längst bemerkt und aufmerksam registriert wurde . . . (tb)

## 2 Der „italienische Patient“ ist zurück

Nach 524 Amtstagen reichte Italiens aktueller Premierminister Mario Draghi seinen Rücktritt ein. Die unter ihm agierende Regierung war damit überdurchschnittlich lange im Amt – in der 76-jährigen Geschichte der italienischen Republik wurden bis jetzt 67 Regierungen „verschlissen“, so daß jede im Durchschnitt nur 414 Tage währte. Italien ist aktuell also nur wieder da angelangt, wo es sich seit 1946 meistens befand: im politischen Chaos mit unklaren Mehrheiten, die oft schon bei ihrem Entstehen wieder zum Scheitern verurteilt sind.

Gehört die gefühlte Unregierbarkeit Italiens augenzwinkernd nicht zuletzt auch zu dessen „La Dolce Vita“? Denn haben die Italiener im letzten dreiviertel Jahrhundert nicht auch bewiesen, daß sie trotzdem in der Lage waren, einen respektablen Industriestaat auf die Beine zu stellen? Manche Ökonomen beantworten diese Frage mit einem Ja und Nein zugleich. Denn in den ersten fünfzig Jahren wurde diese positive Entwicklung ganz einfach mit einer stetigen Abwertung der Landeswährung Lira erkaufte, sagen diese Experten. Seit Einführung der Euro-Kunstwährung vor 23 Jahren ist Rom dies nun aber nicht mehr möglich. Und weil bei der Euro-Gründung die zeitgleiche Einführung verbindlicher Richtlinien für die Fiskal- und Wirtschaftspolitik versäumt wurde, gleicht die Lage Italiens inzwischen der von Schwellenländern, die ihre jeweilige Landeswährung fix an eine als „hart“ empfundene Währung gebunden haben: Ohne interne Maßnahmen zur ständigen Verbesserung ihrer internationalen Konkurrenzfähigkeit drohen diesen Ländern existenzgefährdende Leistungsbilanzdefizite, die sich vor dem tiefen Fall in einer in astronomische Höhen steigenden Verschuldung widerspiegeln.

Hatte Italien im Jahr 2010 noch einen Schuldenstand in Höhe von knapp 120 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP), so waren es Anfang dieses Jahres bereits 150 %. Italiens Staatsschulden liegen damit gemessen an diesem Indikator über denen Griechenlands (146 %), als vor 12 Jahren die erste Eurokrise ausbrach. Griechenland hatte damals allerdings noch mit einer entsprechend hohen Zinslast zu kämpfen, was Italien wegen der bisherigen Null-Zins-Politik der Europäischen Zentralbank (EZB) – und deren Anleihekaufprogrammen – bisher weitgehend erspart blieb. Doch nun war die EZB wegen der ausbordnenden Inflation zum Anziehen der geldpolitischen Zügel gezwungen, was Mitte Juli auch endlich in einem ersten Schritt geschah. Für Italien und andere hoch verschuldete Eurostaaten wird sich daraus noch ein zunehmendes Problem ergeben. Seitens der EZB wird man einstweilen wie gewohnt mit neuen Hilfsmaßnahmen reagieren. Damit könnte eine neue und heftige Eurokrise zwar vorübergehend vermieden werden. Dies allerdings zu dem hohen Preis, daß – sinnbildlich gesprochen – die Euro-Notenpresse erneut rotieren wird. (tb)

## 3 Russland will „Jewish Agency“ auflösen

Das russische Justizministerium hat ein Verfahren zur zwangsweisen Auflösung der Organisation „Jewish Agency“ wegen angeblicher „Verstöße gegen die Gesetze“ eingeleitet. Welche Regeln im Einzelnen verletzt sein sollen, ließ das Ministerium aber bis heute im Dunkeln. Die „Jewish Agency“ ist eine israelische Organisation, die sich um die Einwanderung von Juden aus aller Welt kümmert. Im heutigen Russland nahm sie ihre Arbeit im Jahr 1989 auf, zwei Jahre vor dem Ende der Sowjetunion. Sie half mit bei der Auswanderung Hunderttausender Juden aus den früheren Sowjetrepubliken nach Israel.

Aktuell hat die israelische Führung zwar den Ukraine-Krieg Russlands verurteilt, bemühte sich angesichts der engen Bande zwischen Russland und Israel aber zugleich um weitere Zurückhaltung. Jetzt warnte Israels Ministerpräsident Yair Lapid allerdings vor einer deutlichen Verschlechterung der bilateralen Beziehungen, sollte der Russland-Ableger der „Jewish Agency“ tatsächlich zwangsweise aufgelöst werden. Nun soll eine israelische Delegation zeitnah nach Moskau reisen, um im Gespräch mit den zuständigen Behörden nach einer für beide Seiten tragbaren Lösung zu suchen.

Nach Angaben des israelischen Integrationsministeriums kamen in diesem Jahr bereits an die 17 000 Menschen aus Russland nach Israel – schon jetzt doppelt so viele wie im vergangenen Jahr insgesamt. Kreml-Sprecher Dmitri Peskow wies in diesem Zusammenhang aufkommende Spekulationen zurück, nach denen Moskau mit der Auflösung der „Jewish Agency“ in Russland verhindern wolle, daß immer mehr „kluge Köpfe“ das Land für immer verlassen und nach Israel auswandern. In Israel denkt man eher, daß Moskau mit dem Verbot in erster Linie Israel für seine Haltung im Ukraine-Krieg abstrafen will. Bis heute, auch das ist in diesem Zusammenhang wichtig, hat sich Israel aber nicht an den westlichen Sanktionsmaßnahmen beteiligt. Einige Beobachter begründen dies mit den besonderen Sicherheitsinteressen des Landes, weil Russland u.a. einen großen Einfluß auf das israelische Nachbarland Syrien ausüben kann. (tb)

## 4 Polen „erpresst“ die Bundesregierung

Nachdem der CSU-Europaabgeordnete Marko Ferber bezüglich der Gas-Frage im Deutschlandfunk sagte, daß jetzt auch einmal Deutschland die Solidarität anderer EU-Staaten brauche (und damit z.B. auf die vollen Gasspeicher Polens anspielte), ließ die Antwort der polnischen Politik nicht lange auf sich warten. Dazu, so tönte es aus Warschau, müßte Berlin erst einmal die die deutsch-polnischen Beziehungen belastenden Meilensteine aus dem Weg räumen. Deutschland solle sich beispielsweise für sein langes Festhalten an der North Stream2-Pipeline entschuldigen und sich – was der polnischen Seite wohl noch wichtiger wäre – in der Frage angeblich noch ausstehender Kriegsreparaturen verhandlungsbereit zeigen. Die polnische Regierung hat hierfür längst ein Milliarden-Paket zusammengestellt, während man auf deutscher Seite die Reparationsfrage als längst erledigt ansieht.

In der Gas-Frage hat sich Polen in den letzten Jahren von Russland weitgehend unabhängig gemacht und seine Speicher sind schon jetzt gut gefüllt. Dies gelang aber nur – und darüber schweigt man gerne –, weil noch bis in das Frühjahr hinein deutsche Gashändler in großem Stil Erdgas nach Polen verkauften. Teile dieser polnischen Vorräte könnten in diesem Winter nun also nach Deutschland zurückkommen, sofern man sich handelseinig wird. Dann allerdings zu einem voraussichtlich weitaus höheren Preis als derjenige, zu welchem das Gas nach Polen geliefert wurde. (tb)

## 5 Österreich hilft Ungarn und Serbien bei der „Schlepperbekämpfung“

Laut einer Mitteilung des österreichischen Innenministeriums wird die Alpenrepublik Ungarn und Serbien beim Aufbau einer „Task Force zur Schlepperbekämpfung“ unterstützen, dies zunächst in Form der Lieferung moderner Technik wie Geländefahrzeugen und Wärmebildkameras. „In Anbetracht der gegenwärtigen Herausforderungen“ ist laut Österreichs Innenminister Gerhard Karner (ÖVP) die Kooperation „im Kampf gegen Schlepperbanden und die illegale Migration wichtiger denn je“.

Ungarns Außenminister Péter Szijjártó hatte bei einem Besuch in Wien die steigende Zahl der aus dem Süden kommenden Flüchtlinge und das „flüchtlingsfreundliche Brüssel“ kritisiert. Manche der an Ungarns Südgrenze Ankommenden seien „bewaffnet“ und „aggressiv“. Ungarn selbst bezeichnet sich als eine Art Wellenbrecher für ganz Europa „im Kampf gegen Migration aus dem Süden“. An der gut 150 Kilometer langen Grenze zu Serbien soll dazu der im Jahr 2015 während der Flüchtlingskrise errichtete Stacheldrahtzaun um einen Meter erhöht werden, ein neuer Grenzzaun im Dreiländereck mit Serbien und Kroatien soll folgen.

Auch im österreichischen Innenministerium spricht man von einer „extrem herausfordernden Situation“, bei der Ungarn auf die Hilfe der anderen EU-Staaten angewiesen wäre. Die Lage eskaliere nicht zuletzt angesichts zunehmender Streitigkeiten unter den Schleppern selbst, die nicht selten mit der Waffe um ihre Kunden kämpfen sollen. In Österreich habe man neben „Geflüchteten“ im ersten Halbjahr 2022 bereits mehr als 300 Schlepper mit „sehr unterschiedlichen“ Nationalitäten aufgegriffen. Bei der „irregulären Migration“, heißt es weiter, sei Österreich aber im Gegensatz zu Deutschland, Frankreich und den nordeuropäischen Staaten nicht „Zielland Nummer 1“. (tb)

## 6 Irland verschärft Einreiseregeln für anerkannte Flüchtlinge

Bereits im Jahr 1959 unterzeichneten unter anderem Irland, Belgien, Deutschland, Italien, Luxemburg und Malta ein Abkommen zur Abschaffung der Visumpflicht für diejenigen Reisenden, die in einem der Vertragsstaaten bereits als Flüchtling anerkannt wurden. Im Rahmen dieses Abkommens ist es den anerkannten Flüchtlingen möglich, bis zu drei Monate visafrei in die anderen Länder zu reisen.

Irland hat nun seine Teilnahme an diesem Abkommen für die nächsten zwölf Monate ausgesetzt. Jetzt muß jeder Flüchtling vor der Einreise nach Irland ein Visum beantragen. Die für Flüchtlinge aus der Ukraine geltende Visumfreiheit bleibt davon allerdings unberührt. (tb)

## 7 Die Mär von der „Demografielücke“

Natürlich leidet die Finanzierung unseres Sozialstaates auch unter den seit Jahrzehnten anhaltenden geburtenschwachen Jahren. Doch zunehmend macht sich hier auch eine massive und weitgehend unregelte Migration bemerkbar, in deren Zuge tendenziell mehr spätere Leistungsnehmer als Leistungserbringer unser Land erreichen. Die Sozialkassen werden sozusagen aus zwei Richtungen in die Zange genommen.

Wir haben in Deutschland also bei Licht betrachtet ein eher kleineres Demografieproblem und ein größeres bei der „Erwerbsbeteiligung“ (das ist, knapp formuliert, das Verhältnis der tatsächlichen arbeitenden Menschen zur Zahl der grundsätzlich Arbeitsfähigen) sowie der Qualifikation. Beide Defizite lassen sich auf ein klares Politikversagen zurückführen. Und wenn jemand über die gesetzliche Altersgrenze hinaus arbeiten möchte, ist ihm dies zwar gestattet, aber er kann dadurch seine erworbenen Rentenansprüche nicht mehr erhöhen, während der Arbeitgeber seinen Anteil an der gesetzlichen Rentenversicherung gleichwohl abführen muß. Für Fachkräfte ist die Motivation, länger als nötig zu arbeiten, damit eher eingeschränkt.

Im Rahmen der Migration wächst zwar vornehmlich die Zahl der eher jüngeren Bevölkerung, doch zur Lösung der Probleme trägt diese kaum bei. Bei vielen Migranten kann mangels Dokumenten nicht einmal sicher gesagt werden, aus welchem Land sie nun tatsächlich stammen oder wann sie geboren wurden. Man ist auf ihre – hoffentlich wahrheitsgemäßen – Angaben angewiesen. Gleiches gilt dann auch für eine eventuelle berufliche Qualifikation, von Sprachproblemen einmal ganz abgesehen. Hinzu kommt, daß die Auswahl der unser Land erreichenden Migranten nicht von deutschen oder anderen offiziellen Stellen vorgenommen wird, sondern oft von den Schlepperbanden. Mitgenommen wird, wer aus welchen Gründen auch immer zahlen kann.

Dieses völlige Versagen der Zuwanderungspolitik kann man national nicht in den Griff bekommen, solange die Europäische Union ihre eigenen Regeln – etwa „Schengen“ – nicht konsequent einhält und z.B. Migration und Flucht nicht strikt trennt, sondern miteinander vermengt. Gleichwohl wäre es den deutschen Behörden – und vorher dem Gesetzgeber – durchaus möglich, die hier Ankommenden mehr als bisher zum Erlernen der deutschen Sprache und der beruflichen Qualifikation anzuhalten. Dazu bräuchte es aber nicht nur die entsprechenden Angebote, sondern auch handfeste Sanktionen, wenn diese grundlos nicht angenommen werden. (tb)

## 8 Vom „Stöckchen“ zum „Fädchen“

Aus Schleswig-Holstein wurden Fälle bekannt, in denen sich Wohnungseinbrecher neuer, simpler Ausspäh-Methoden bedienen. Es geht ihnen dabei darum, die Benutzung von Autos, Gartenpforten oder Briefkastenklappen festzustellen. Dabei werden z.B. gegen einen Autoreifen kleine Stöckchen gestellt, die bei einer Benutzung des Fahrzeugs umfallen. Gartenpforten oder Briefkastenklappen werden mit kleinen Fäden präpariert, die beim Öffnen reißen oder abgehen.

Sollten die Stöckchen einige Tage stehen bleiben oder die Fäden nicht reißen, wäre dies für die Verbrecher ein möglicher Hinweis darauf, daß die betreffende Immobilie derzeit nicht bewohnt ist und sie nicht fürchten müssen, bei einem Einbruch „überrascht“ zu werden. Schleswig-Holsteins Polizei rief jetzt Bewohner und Hausbetreuer dazu auf, auf derartige Hinweise zu achten. Werden Stöckchen oder Fäden entdeckt, sollten diese fotografiert werden, bevor man das Haus betritt und gegebenenfalls die Polizei ruft. (tb)

## 9 Plädoyer für das Gold

Trotz Ukrainekrieg, Inflation und geopolitischer Krisen will und will der Goldpreis nicht steigen. Immer mehr Kenner des Goldmarktes sind deshalb davon überzeugt, daß hier manipuliert wird, daß der Goldpreis künstlich gedrückt wird. Daran interessierte Kreise gibt es genügend, man denke nur einmal an die großen Zentralbanken und Finanzminister der hochverschuldeten Staaten. Denn weil ein steigender Goldpreis stets auch Inflationserwartungen weckt, wären dann im Gegenzug die Zentralbanken zu teilweise massiven Eingriffen in die Finanzmärkte z.B. in Form deutlicher Leitzinserhöhungen gezwungen. Und dies wiederum würde zu starken Zinserhöhungen führen, die so manchen Staatshaushalt zusammenbrechen ließen . . .

Die Möglichkeit, den Goldpreis zu drücken ist vergleichsweise simpel und einfach anzuwenden. Man muß nur zum „richtigen“ Zeitpunkt Verkaufsaufträge im Milliardenumfang bekannt geben, um den Goldpreis – vorübergehend – auf Talfahrt zu schicken. Dies geschah beispielsweise am 19. August 2021, als der Unzenpreis vorübergehend um rund 100 US-Dollar einbrach. Der Zeitpunkt scheint aus zwei Gründen geschickt gewählt zu sein: Zum einen lagen die offiziell festgestellten Geldentwertungsraten wieder einmal über den Prognosen, so daß ein massenhafter Goldverkauf ein auch weiterhin anhaltendes Vertrauen in die Geldwährungen signalisieren sollte. Zum anderen war der fragliche Tag ein Montag, an dem die Orderbücher meistens ausgedünnt sind und eine Order im Milliardenumfang sogleich auffällt – was ja auch erwünscht war. Rein verkaufstechnisch geschah nichts, denn die Order wurde nach einiger Zeit wieder gelöscht – was das gute Recht jedes Händlers ist, wenn er oder seine Kunden ihre Meinung wieder ändern sollten.

Daß im Goldmarkt nicht alles nach Recht und Gesetz vonstattengeht, zeigt auch eine Reihe von Bußgeldern im dreistelligen Millionenbereich, die gegen die größte US-Bank JPMorgan verhängt wurden. Die Bank (und einige Konkurrenzinstitute) wurde dabei für schuldig befunden, zum eigenen Vorteil mehr als 50 000 Marktmanipulationen begangen zu haben. Es ging dabei wieder um die Praxis, hohe Handelsaufträge zu erteilen, um diese nach den ersten Marktreaktionen wieder zurückzuziehen. In einem noch laufenden Verfahren sind sowohl von der Anklageseite als auch den Beschuldigten hochkarätige Manager als Zeugen benannt worden. Sie stammen teilweise aus der JPMorgan-Bank selbst oder es sind Fonds-Händler von beispielsweise George Soros oder Tudor Capital. Die drei Angeklagten sind JPMorgan-Banker, denen jetzt jahrzehntelange Haftstrafen drohen. Eine Verurteilung hätte eine enorme Signalwirkung für die gesamte Branche, in der die jetzt beanstandeten Vorgehensweisen bislang eher als Grauzone denn als systematischer Betrug angesehen wurden.

Sollte dies uns „Kleinanleger“ von der weiteren Goldanlage abhalten? Eher nein. Denn zum einen müssen wir sicher sein, daß alle anderen Märkte (z.B. Währungen, Anleihen, Aktien) im Zweifelsfall auch nicht frei von Manipulationen sind. Zum anderen dürfen wir gewiß sein, daß Manipulationen noch niemals in der Geschichte endlos fortgesetzt werden konnten. Einmal muß und wird auch dieses Ganze ein Ende haben und der bis dahin künstlich tief gehaltene Goldpreis wird dann gute Chancen haben, deutlich zu steigen. Und zuletzt – das wird unsere langjährigen Leser nicht überraschen – empfehlen wir die Goldanlage bereits wieder seit dem Jahr 2000, als der Unzenpreis bei weniger als einem Fünftel der gegenwärtigen Höhe lag. Und wer noch kein Gold hat, kann die Anschaffung getrost auch jetzt noch nachholen. Denn der Goldkauf dient unserer ständigen Empfehlung zufolge ja nicht spekulativen Zwecken, sondern einzig und allein zur Absicherung im „Crashfall“, also als eine Art „Versicherung“.

Gold sollte, auch das sei wieder einmal gesagt, stets in physischer Form erworben werden (z.B. bei einem der großen Goldhändler wie Pro Aurum oder Degussa) und nach Möglichkeit sicher zu Hause verwahrt werden. Denn ein Bankschließfach könnte im Krisenfall von heute auf morgen behördlich versiegelt werden, damit die Staatsmacht dessen Inhalt in aller Ruhe „durchflöhen“ kann. (tb)

## 10 „Geopolitische Machtspiele“

Russland „bedrängt“ die Ukraine militärisch, China droht Taiwan gleiches an, und die USA, Großbritannien und Australien schließen einen eigenen Verteidigungspakt – das globale Kräfte- und Mächtenspiel ändert sich gegenwärtig wieder einmal rasend schnell. China hat einen beispiellosen „Aufstieg“ hinter sich und ist allen Widrigkeiten zum Trotz auf dem besten Wege, zur vielleicht bedeutendsten Weltmacht zu werden. Russland möchte seine Machtstellung wieder ausbauen und greift dabei fast zu den letzten Mitteln. Und Europa präsentiert sich bis vor wenigen Monaten noch als zerstrittener und unsicherer Kontinent, bis es angesichts des Ukraine-Krieges wieder weitgehend geeint auftrat. Für Europa wichtige Fragen wie die Rohstoff- und Energieversorgung spielen dabei ebenso eine Rolle wie die Frage nach dem richtigen Umgang mit den Europa erreichenden Migrantenströmen.

Hinter diesen ganzen Punkten stehen wichtige geopolitische Fragen und die Antworten darauf. Es sind Fragen, derer sich der konservative Publizist Martin Grosch (studierte Geschichte und Geographie in Marburg) in seinem neuen Buch „Geopolitische Machtspiele“ (340 S.) annimmt und deren Beantwortung auch für Deutschlands weiteres Schicksal von entscheidender Bedeutung sein wird. **„Geopolitische Machtspiele – Wie China, Russland und die USA sich in Stellung bringen und Europa immer stärker ins Abseits gerät“** kann für 28,00 € zzgl. 2,95 € Versandkostenpauschale (versandkostenfrei im Inland ab einem Warenbestellwert von 40,- €) über unseren Buchdienst bezogen werden. Bitte, richten Sie Ihre freundliche Bestellung an: Verlag Arbeit und Wirtschaft OHG, Postfach 1251, 27315 Hoya/Weser, Tel.: 0 42 51/5 61, Fax: 0 42 51/30 70, E-Mail: buchversand@vertrauliche-mitteilungen.de. Oder besuchen Sie uns im Internet unter [www.wunschbuecher.de](http://www.wunschbuecher.de), wo wir zur umfassenden Meinungsbildung dieses und viele weitere interessante Bücher zu Ihrer bequemen Order von zu Hause aus bereithalten – vielen Dank. (tb)

## 11 Für Sie auf gelesen:

„In der Hauptverwaltung der Deutschen Bahn sollen die Fahrstühle ausgebaut werden, weil sie überflüssig geworden sind: Manche Mitarbeiter seilen sich ab, die Kunden gehen die Wände hoch und der Vorstand schwebt über allem.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettnerhof GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.